

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Oktober 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Bergnügungsanreise usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verhäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 116

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Hamburger Friedensengel, I. — Ein Mahnwort.
Korrespondenzen: Allenburg. — Dresden (M., M.). — Elberfeld. — Mannheim. — München (K.). — München (M., M.). — Nordheim. — Planen. — Saarlouis-Merzig-Billingen. — Stuttgart (M., E.).

Rundschau: Meisterprüfungen. — Königliche Kunstgewerbeschule Stuttgart. — Schwere Betriebsunfall. — Vom Schriftleiter zum Pastor. — Erledigung des Konfliktes im Hauptkomitee des Bauwerkes. — Von den Betriebskrankenkassen. — Deutschland in der Welt voran als Bremser in der Sozialpolitik. — Unternehmerrache. — Zu den Entbillungen des christlichen Gewerkschaftsbeamten Rößling. — Die streikenden Rübenlieferanten.

Die Hamburger Friedensengel

I.

Noch kein Schluß der Polemik.

Aber den Konflikt der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit den Buchdruckern brachte der „Korr.“ in den Nr. 106, 107 und 108 eine zusammenhängende Darstellung, von der behauptet werden kann, daß sie über die eignen Reihen hinaus mit Interesse gelesen worden ist und dadurch das in der Generalversammlung der Verlagsgesellschaft zu Dresden in Genossenschaftskreisen einseitig gebildete Urteil über diese Differenzen einer dem wirklichen Sachverhalt mehr gerecht werdenden Korrektur unterworfen wurde. Seit dem 18. September hat sich die Redaktion des „Korr.“ weiterer Äußerungen enthalten.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ hat am 20. September aus der Feder von Dr. August Müller einen Artikel gebracht, der vermuten ließ, daß weitere Auseinandersetzungen unterbleiben sollten, obwohl nach dem Erscheinungstage des genossenschaftlichen Zentralorgans unser dritter Artikel (Nr. 108) eine Erwiderung noch nicht finden konnte. Dr. Müller versprach über die „leidige Affäre“ sobald als tunlich zur Tagesordnung überzugehen, sich auf den an den leitenden Männern der Hamburger Genossenschaftszentrale schon gewohnten überhebenden Standpunkt stellend: „Man bringt keine Widersacher meistens schnell und sicher zum Schweigen, wenn man sie Monologe halten läßt.“ Wenn demnach weitere „Monologe“ kaum noch zu erwarten standen, so konnte in Ansehung der unsern Hamburger Gauvorsitzende mitgeteilten Gründe für die Ablehnung einer von diesem eingesandten Berichtigung doch damit gerechnet werden, daß der von der Redaktion der „K. R.“ gewiesene Weg, Unrichtigkeiten in der Schilderung der Konfliktangelegenheit in den beiderseitigen Organen klarzustellen, beschränkt würde, nachdem in unserm zweiten Artikel die Berichtigung des Gauvorstandes in Hamburg in erweiterter Form Aufnahme gefunden hatte. Das ist jedoch nicht geschehen. Auf die in unser Nr. 107 unter der Untertitel „Weite Kreise ganz falsch und wahrheitswidrig informiert“ enthaltene, zum Teil sehr schwerwiegenden Richtigerstellungen wurde mit keinem Wort eingegangen. Eine inzwischen von den früheren Mitgliedern des Arbeiterausschusses der „K. R.“ zugegangene Berichtigung harbt bis jetzt auch noch ihrer Bestätigung an das Tageslicht. Zu diesem widerspruchsvollen Verhalten gefell sich wieder, daß man für „Monologe“ sich von neuem erwärmt, aber Widerlegungen berichtighender Erklärungen ausweicht, und auf unsre Anklage- und Verteidigungsrede in den drei Artikeln „Die unschuldige Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine“ in einer sachlich nur schwachen Ausbeute reagiert wurde. Die Aus-

gabe der „K. R.“ vom 4. Oktober erbringt dafür einen neuen Beleg, und wie es aus dem Schlusse dieser Epistel an den „Korr.“ herausklingt, wird auch in der Folge noch weiter monologisiert werden. Man kann also annehmen, daß die „K. R.“ vom 27. September mit der (wiederholten) vorstandsamtlichen Empfehlung der Veröffentlichung der Verlagsgesellschaft über den Konflikt nur eine Ruhepause in dem Streite bedeutete, an dem, wie die Hamburger Herren nun glücklich herausdestilliert haben, nur noch der „Korr.“ die Schuld trägt. „Als Friedensförder wirkte vielmehr das Organ der Buchdrucker“, erklärt Dr. Müller in der „K. R.“, kneift das eine Auge fest zu, um der Herren Kaufmann und Steinhoff Beseitigung als Nebenkläger in der Hamburger Prinzipalsversammlung vom 27. Juni nicht zu sehen, und richtet das andre zornig auf den „Korr.“, von dem er wohl weiß, welchen Angriffen wir ausgelegt waren infolge unsres Bemühens, über die „leidige Affäre“ im Interesse des Ansehens der Hamburger Genossenschaftsfrage so schnell als möglich hinwegzukommen.

Dr. August Müller, der, was wir bisher übersehen hatten, nicht nur für die Redaktion der „K. R.“, sondern auch für Druck und Verlag verantwortlich zeichnet, hat in einem von ihm signierten Artikel den schönen Beweis erbracht, daß es doch noch wahre Treue gibt, daß die Freunde in der Hof, von denen hundert auf ein Lot gehen sollen, noch nicht ausgestorben sind. An den Lorbeeren des Herrn Kaufmann teilzuhaben, soll also Herrn Dr. Müller nicht streitig gemacht werden; um so weniger nicht, als aus seiner in Nr. 38 der „K. R.“ abgedruckten, stenographisch aufgenommenen Rede in der Generalversammlung der Verlagsgesellschaft gefolgert werden kann, daß es eins ist, ob man Kaufmann oder Müller für diese Vorkommnisse und ihre Folgen verantwortlich macht. Ob das recht schwache Produkt vom 19. August auch auf Müllers Konto zu setzen ist, darüber bestehen bei uns Zweifel. Seine Artikel vom 20. September und 4. Oktober zeugen jedenfalls von Gewandtheit, einen unbequemen Fehdepartner mit sitzamen Redensarten, wie die „anerkanntenswerte Schreib- und Schimpffreudigkeit“ des „Korr.“ und gleichwertigen Schnöddrigkeiten, zu parieren, und seine Befähigung, demagogische Tricks dem Meinungsgegner vorzuwerfen, selbst damit aber sorgfältig zu operieren, braucht die Meisterprüfung wahrlich nicht zu scheuen. Wohl oder übel müssen wir uns also mit den Hamburger Friedensengeln abermals befassen.

Die Professebewegung gegen Kaufmann und Genossen.

Wie nicht anders zu erwarten, hat in unsern Mitgliederkreisen das Verhalten der Leiter der Verlagsgesellschaft einen Entrüstungsturm entfacht. Das ist nicht oder weniger zurückzuführen auf unsre beiden Artikel vom 31. Juli und 2. August, die von der Hamburger Grobinkquisition handelten, sondern die Versammlung unsern Hamburger Kollegen am 27. August mit ihrer scharfen, aber berechtigten Stellungnahme gegen die Anschuldigungen der Hamburger Prinzipalität wie von Kaufmann und Genossen bildete dazu das eigentliche Signal. Unsere drei Artikel von Mitte September mit ihrem die unrichtliche Handlungsweise der Leiter eines Arbeiterunternehmens aufzeigenden Inhalte konnten selbstverständlich die begriffliche Entrüstung nicht abschwächen.

Wir müssen aber erklären, daß man an einzelnen Orten bei Formulierung der Resolutionen doch über das Ziel hinausgeschossen hat. Es ist gewiß nicht leicht, angesichts der Dickköpfigkeit des Hamburger Hochmuts ruhig Blut zu bewahren, aber wir Buchdrucker waren doch noch nie Anhänger einer Resolutionsmacherei, die in knalligen Ausdrücken sich gefallt resp. dem Sach- oder Meinungsgegner mit gewissen Bewegungen des Brotkorbes droht. Man kann und muß das Gebaren der Hamburger Friedensengel scharf verurteilen, braucht aber nicht ausfallend dabei zu werden. Wir haben in der letzten Zeit, teils um Wiederholungen zu vermeiden, teils unsern Raum für langatmige Resolutionen nicht zu opfern, die angenehmen Entschlüsse immer mit einigen kurzen, die Willenskundgebung jedoch erkennen lassenden Strichen abgetan und werden weiter so verfahren.

Die sozialdemokratische Presse bewahrt große Reserve in der Angelegenheit. Die ihr zugehenden Berichte und Resolutionen von Konsumvereinen oder Mitgliedschaften unserer Organisation werden kommentarlos veröffentlicht, höchstens daß, wie in Dessau, man den Buchdruckern noch bedeutet, sie sollten die Kirche im Dorfe lassen. Aus eigenem wird fast nichts gesagt. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß man durch das von unsern Hamburger Kollegen bei Ausbruch des Konfliktes überreife Sineinragen des Streikfalles in die Öffentlichkeit in aller Breite vorsichtig geworden ist. Aus Sympathie für Kaufmann und Genossen geschieht das sicherlich nicht. Die jetzige kühle Behandlung der fast noch wichtigeren nachträglichen Vorgänge steht freilich in Widerspruch zu der von einem Teile der Parteipresse im Anfange gezeigten Willfährigkeit. Es ist indes zu bedenken, daß ein Rest der alten Buchdruckerliebe in der übrigen Arbeiterschaft immer noch vorhanden ist, der sich gerade dann zeigt, wenn er unsern Kollegen am unerwünschtesten ist.

Die Gewerkschaftspresse hat eigentlich in zwei bemerkenswerten Auslassungen zu der Angelegenheit erst Stellung genommen. Die der „Metallarbeiterzeitung“ zitierten wir in ihrem Kern bereits in Nr. 108. Jetzt ist noch der „Grundstein“ hinzugekommen. In seiner Nummer vom 4. Oktober bringt das Organ der Bauarbeiter einen größeren Artikel, der sich in aller Schärfe gegen die Leiter der Verlagsgesellschaft wendet. Der „Grundstein“ sagt, die Vertreter der Genossenschaft hätten bei den Einigungsverhandlungen der Geschäftsleitung der Verlagsgesellschaft eine goldene Brücke gebaut, die dieser „freiwillig eingeräumte Position“ sei von ihr aber sehr zu ihrem Vorteil ausgenutzt worden. „Die Buchdrucker berichteten in ihrer Danziger Generalversammlung über die Geschichte und hielten sie damit für erledigt. Nicht so die Verlagsanstalt“. Der „Grundstein“ fährt dann fort:

Wir können uns vorstellen, daß der ganze hier geschilderte Vorfall für die Buchdruckerunternehmer geradezu ein gefundenes Fressen ist, das sie nach Möglichkeit gegen den Gehilfenverband ausnutzen. Wir bedauern aber sehr, daß Vertreter von Arbeiterinteressen zu einer derartigen Ausnutzung die Hand boten, wie es hier der Fall war. Die Hamburger Buchdruckereibesser beschäftigten sich am 27. Juni in ihrer Versammlung mit der Massenklündigung. Auffällig ist, daß sie zu dieser Versammlung die Leitung der Verlagsanstalt eingeladen haben, und noch auffälliger ist, daß diese Leitung, nachdem die Einigung schon sechs Wochen perfekt war, dieser Einladung folgte und sich in der Versammlung an der Diskussion

über den Fall im Unternehmerrinne befehlige. Da von der Verlagsanstalt die Anschuldigung des Falles durch Rundschreiben und Zeitungartikel weiter betrieben wurde, regten sich auch die Buchdrucker zur Wehr. Nach unserer Meinung hätten sie dies schon früher tun sollen. In den letzten Tagen veröffentlichte der „Korr.“, das Organ des Buchdruckerverbandes, drei Artikel zu der Frage, in denen die ganze Entstehung des Konfliktes aufgerollt wird. Das Organ des Zentralverbandes der Konsumvereine gibt nun ebenfalls eine Darstellung der Ursachen und vertritt gleichzeitig das Protokoll der Dresdener Verhandlungen über diesen Punkt. Wir erfahren da mancherlei Dinge aus der Verlagsanstalt, die uns nicht gefallen. Es muß nicht sehr angenehm für die Betriebsleitung sein, wenn ihr von den Privatunternehmern im Tarifsaat mit auf den Weg gegeben wird: „Das Karikatür drückt den anwesenden Vertreter, Dr. Müller und Steinhoff, den dringenden Wunsch aus, so mögen durch Anhören und Verhandeln mit den Vertrauensleuten und Erziehung eines Arbeiterausschusses dazu befragen, daß das Arbeitsverhältnis ein geregelter ist.“

Nach einer Aufzählung der Vorwürfe, wie sie von den Hamburger Kollegen der Verlagsgesellschaft über deren Maßnahmen bei Einführung des neuen Tarifs gemacht werden, kommt der „Grundstein“ auf die Zugehörigkeit der Verlagsgesellschaft zum Deutschen Buchdruckerverein zu sprechen und verurteilt, daß die Verlagsgesellschaft zum Fonds für besondere Zwecke gesteuert habe. Das ist nach der am 20. September erfolgten bestimmten Erklärung der Verlagsgesellschaft, sie habe nicht einen Beitrag zu dem „Streikfonds“ geleistet, aber nicht zutreffend. Das Bauarbeiterorgan erwähnt auch, daß die Verlagsgesellschaft ihre Mitgliedschaft zum Prinzipalvereine gekündigt habe. Das sei jedoch nicht ganz freiwillig geschehen. Die Generalkommission und der Vorstand der Buchdruckerorganisation habe der Verlagsgesellschaft erst die nötige Aufklärung erteilt werden lassen müssen; „daß sie diese Aufklärung nötig hatte, ist schlimm . . . ; man kann doch nicht annehmen, daß sich ihre Seele nach dem Umgange mit Unternehmern lehnt“. Der „Grundstein“ berührt dann noch andre Momente, z. B. daß Kaufmann auf (vermeintlich) zu weitgehende Forderungen des Personals, die das Bauarbeiterorgan aber unter einem andern Gesichtswinkel als Kaufmann beurteilt, erklärt habe, wenn das so fortgehe, müsse er dem Arbeiterausschusse zur Ermäßigung stellen, „ob wir uns nicht in Zukunft streng auf die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückziehen wollen“, wozu das Bauarbeiterorgan bemerkt:

Die Geschäftsleitung sollte doch wissen, daß genossenschaftliche Betriebe Musterbetriebe sein sollen. Es liegt doch nicht so, daß die geschäftliche Lage der Verlagsgesellschaft eine derartige Antwort notwendig mache; denn den Reingewinn von 182000 Mk. in einem Jahre kann man doch nicht allein der Tätigkeit der Geschäftsleiter zuschreiben. Mus all den angeführten Gründen finden wir es begreiflich, wenn in dem Betrieb eine recht gereizte Stimmung herrschte, die schließlich zu Mahreglungen und zur Arbeitseinstellung führte.

Der „Grundstein“ findet also ebenfalls, daß von der Verlagsgesellschaft gerade genug zur Ansammlung von Konfliktstoff getan worden ist. Abschließend wird gesagt:

Wie wir an dem vorliegenden Beispiele sehen können, werden solche Konflikte von den bürgerlichen Unternehmern sehr geschickt benutzt, um die Arbeiterorganisationen moralisch zu schädigen. Dazu sollte kein Gewerkschaftler und Genossenschaftler die Hand bieten. Wir haben den Wunsch, daß eine erledigte Sache von den beteiligten Personen wirklich als erledigt betrachtet wird. Wenn man eine größere Ausdehnung der genossenschaftlichen Produktion erhofft, versteht man nicht, daß ein verhältnismäßig einfach gelagerter Konflikt für lange Zeit die Gemüter erregt, zum Gaudium unrer Gegner. Von den Tarifschlichtungsgerichten ist beiden Seiten ein bestimmtes Maß von Schuld bemessen worden, den Buchdruckern das größte. Formell hat also die Geschäftsleitung der Verlagsgesellschaft gesiegt. In den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sieht man jedoch die Sache anders an. Dort sagt man sich, daß es der Geschäftsleitung entweder an dem guten Willen oder an der Frömmigkeit gefehlt habe, den Konflikt zu vermeiden. Und beides wäre gleich schlimm.

Der „Grundstein“ erscheint in Hamburg, sein Urteil basiert also auf eigener Kenntnis der Dinge. Der böse „Korr.“, der nun an allem schuld sein soll, ist für ihn nicht ausschlaggebend. Wenn das Bauarbeiterorgan daher verwundert ist, daß die Buchdrucker die Kaufmännerei so lange mit angefehen haben, dann fallen um so mehr die Vorwürfe gegen uns als Friedensförderer in sich zusammen. Was der „Grundstein“ zum Schluß sagt, trifft im Vor-

sahe das Richtige: Der Geschäftsleitung hat es an dem guten Willen gefehlt, den Konflikt zu vermeiden, und er fehlt den Leitern der Verlagsgesellschaft jetzt noch! Ihre Arroganz ist so groß, daß sie eher die Genossenschaftsfrage mihkreditieren, als von ihrem rechthaberischen Standpunkt ablassen.

In den Konsumvereinen als dem ja auch gewieweneren Kreise ist es inzwischen lebhaft geworden. Generalversammlungen oder andre Anlässe boten Gelegenheit, die Hamburger Vorgänge zur Sprache zu bringen. Meistens hatten die Vorstände resp. Verammlungsleiter Zuständigkeitsbedenken, die jedoch überwunden wurden; es kam aber auch vor, daß sich eine spezielle Stellungnahme erübrigte. In Leipzig z. B. nahm der Geschäftsführer in seinem Rechenschaftsbericht ohne weiteres Veranlassung, seinen zu Kaufmann gegenständlichen Standpunkt anzudeuten. Recht bemerkenswert ist, daß in Hamburg selbst die Herren Kaufmann, Müller usw. mit ihrem Verhalten keine Billigung in Genossenschaftskreisen finden. Am 23. September fand dort eine Versammlung des Mitgliederausschusses der „Produktion“ statt, über 200 Personen waren anwesend. Dieser Mitgliederausschuss ist eine Unterinstanz der Generalversammlung. Der Vorstand des Mitgliederausschusses hatte selbst eine Resolution eingebracht, die jedoch der Versammlung nicht weit genug ging. Eine andre, von einem Nichtbuchdrucker stammende, wurde trotz entschiedener Bekämpfung durch v. Elm, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Verlagsgesellschaft, gegen eine Minderheit angenommen. Die Debatte war eine sehr lebhafte. Aus der Mitte des Mitgliederausschusses sprachen mehrere Redner, von Buchdruckerseite drei, so daß also, wie die Resolution besagt, von einer reiflichen Diskussion wohl die Rede sein kann. Das Vorgehen der Geschäftsleitung wird darin als „eine schwere Schädigung der modernen Genossenschaftsbewegung“ bezeichnet und neben dem Austritte der Verlagsgesellschaft aus einer Arbeiterorganisation wird erwartet, „daß die schwebenden Differenzen in einer beide Teile befriedigenden Weise schleunigt erledigt werden“. In der Resolution des Haushaltsvereins Linden wird gesagt, daß „durch das Herabziehen des aufakratischen Standpunktes die Arbeiter der Genossenschaftsbewegung entfremdet werden“, und in Kaufmanns Handlungsweise wird eine Schädigung der Genossenschaftsbewegung erblickt. In Düsseldorf ging es höchst temperamentvoll zu. Der Geschäftsführer war sehr unliebenswürdig gegen die Interpellanten, diese wieder ließen sich nicht von dessen Kompetenzbedenken irritieren: Half ihm doch kein Weh und Ach, mußte es eben leiden. Der Geschäftsführer in Düsseldorf ist ein sehr guter Redner, hier vermochte er aber nichts zu reffen, zumal ein Handlungsgehilfe auch nicht von allzu guten Erfahrungen seiner Berufsgenossen zu berichten wußte. Es ging äußerst lebhaft her, was der Wortlaut der gegen nur zwei Stimmen angenommenen Resolution ebenfalls erkennen läßt. Obendrein wurden noch zwei unrer Kollegen in den Aufsichtsrat gewählt. In der Generalversammlung der Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Befreiung“ in Elberfeld wurde ein Mißtrauensvotum sogar einstimmig angenommen. Demnach erblicken die dortigen Genossenschaftler in dem Wiederaurollen des in legaler Weise beigelegten Konfliktes in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine durch die Herren Kaufmann und Steinhoff in der Hamburger Arbeitgeberversammlung vom 27. Juni dieses Jahres eine bewußte schamacherische Absicht, den Verband der Deutschen Buchdrucker zu schädigen. . . .

Auch sonst noch ist diese Resolution recht eindeutig. Der Schwerpunkt wird auch hier auf Kaufmanns und Steinhoffs Beteiligung und Auftreten in der Hamburger Prinzipalversammlung gelegt. In Hildesheim setzten Vorstand, Aufsichtsrat und Geschäftsführer alle Hebel in Bewegung, eine Erörterung des Konfliktes in der Generalversammlung zu verhindern. Doch vergebens. Neben unrer Kollegen waren es im besonders die Metallarbeiter, die scharfe Worte über die Leiter der Verlagsgesellschaft fanden. Mit großer Mehrheit erhielten dieselben auch hier akfestiert, daß man über ihre Friedfertigkeit ganz anders denkt, als die Hamburger Herren sie darstellen. Aber die ihnen ebenfalls ungünstige Stellungnahme des Magdeburger Konsumvereins ist schon näher berichtet worden. Von der Generalversammlung des Leipzig-

Magdeburger Konsumvereins kann gesagt werden, daß eine besondere Stellungnahme sich erübrigte, da in den kurzen Andeutungen des Geschäftsführers Arnold eine unverkennbare Ablage an den Hamburger Standpunkt enthalten war.

Hochgemut wie immer setzen sich die Hamburger Friedensengel über diese ihnen werdenden Bekundungen des Mißfallens aus Genossenschafts- und Gewerkschaftskreisen ob ihres Tuns hinweg. Dr. Müller erklärt nämlich dazu mit seiner Namensunterschrift in der „K. R.“:

„Die Resolutionen kann man mit Stillschweigen übergehen. Wir beabsichtigen durchaus nicht, ihnen durch Wiedergabe in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und durch Widerlegung der in ihnen befindlichen Unrichtigkeiten und Entstellungen eine Bedeutung beizulegen, die sie nicht besitzen.“

Das klingt sehr zuversichtlich, auch recht geringschätzend, ist aber in Wirklichkeit nur eine mühsame Wahrung des Gesichtes. Wenn den Herren Kaufmann und Genossen tatsächlich ein solcher Gleichmut innewohnen würde, dann würde der Spiritus rector nicht auf ihm eingelangte Resolutionen antworten und nach seiner „Aufklärung“ die Erwartung der Aufhebung des gefakten Beschlusses aussprechen. Er würde auch nicht Entgegenkommen seinerseits in Aussicht stellen, falls die Buchdrucker davon ablassen wollten, ihm die Wahrheit zu sagen. Es wäre ja auch noch schöner, wenn die von Arnold (Leipzig) gerügte Aristokratie im Genossenschaftswesen so weit gehen würde, alles zu ignorieren, was draußen im Lande gesagt und verurteilt wird. Und dann: Sind denn diese verurteilenden Stimmen nicht auch eine Verheerung der Massen gegen die Führer? Oder will man sich mit diesem Anwurfe gegen den „Korr.“ nur gegenüber den Buchdruckern lächerlich machen? Wie schrecklich man sich auch dabei wieder verhaßt, hat ja der „Grundstein“ ausgeführt, der die Langmut der Buchdrucker und damit auch die des „Korr.“ bewundert.

Der „Korr.“ als Heher der Massen gegen die Führer???

Das Anzulängliche — bei August Müller wird's Ereignis! Die Jenaer Woche mit der böß miflungenen Aurenburger hat dem Chefredakteur der „K. R.“ zu einem wundervollen Einfalle verhoffen. Am 20. September war es glücklich heraus: Der ganze Lärm verfolgt nur den Zweck, „die Konsumgenossenschaftler im Lande gegen die sogenannten Führer der Konsumgenossenschaftsbewegung vorzuingenommen zu machen.“ Als Beweismittel dient ihm eine Stelle aus unserm ersten Artikel, die für jeden unbesangenen Leser aber lediglich besagt, daß wir mit der nicht nur für das Buchdruckerpersonal der Verlagsgesellschaft und die Hamburger Kollegen, sondern auch für unsre Organisation und deren unchönst angegriffene Leistung geführten Abwehr nicht die Verlagsgesellschaft als Genossenschaftsunternehmen, sondern deren stwische, rechthaberische und überhebliche Leiter in ihrem tatsächlichen Verschulden treffen wollten.

Darüber besteht ja nunmehr auch in Genossenschaftskreisen kein Zweifel mehr, daß auf die Herren Kaufmann, Steinhoff und Müller von dem Schuldbuß an diesen in der Tat sehr unerquidlichen Vorgängen der weitaus größere Teil entfällt. Das auszusprechen, ist nichts weiter als die Feststellung einer Tatsache; wie so etwas gesagt wird, hängt von dem Gebaren derjenigen ab, die sich wohl als Friedensengel gebärden, dafür aber so schlechte Eigenschaften aufweisen wie etwa der Bulgarenkönig als Friedenszarg.

Wenn Dr. August Müller in der „K. R.“ vom 4. Oktober schreibt:

Dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ muß das Zeugnis ausgestellt werden, daß er in der Fertigkeit, die „Massen“ gegen die „Führer“ aufzuheben, jede Konkurrenz mit dem allerabgefemtesten Demagogen ruhig aufnehmen kann,

so ist das zu den bereits gewürdigten Verteidigungsmethoden der nur Befenbinderhof 52 in Hamburg anzutreffenden Friedfertigkeit ein so drastischer Beitrag für den Tiefsand der polemischen Manieren dieser Art von Genossenschaftsführern, daß man auf tut! diese Wohlansständigkeit einfach anzuprangern.

Wir wissen nicht genau, worauf der Geschäftsführer Arnold in der Generalversammlung des in Deutschland bedeutendsten Konsumvereins Leipzig-Magdeburg am 29. September d. J. abzielte, als er sich

gegen die „Arbeiteraristokratie“ wandte, die sich im Genossenschaftswesen immer mehr breit mache und die „ein nicht minder großer Schaden“ seine könne als die Geburtsaristokratie, er (Arnold) sei und bleibe Profefarier; aber da er zuvor aus freien Stücken sich zu Kaufmann in einem Gegenfatz gestellt hatte, war wohl diese bemerkenswerte Auslassung nach Hamburg gerichtet. Von den im Debuzieren so gewandten Hamburger Friedensengeln wird wohl noch mancher als Heber der Masse gegen die Führer verschrien werden — vielleicht auch Arnold!

Mit Rosa Luxemburg, Stadthagen usw. in einen Topf geworfen zu werden, ist ein so absurdes Beginnen, daß wir Dr. Müller und Genossen der Vächerlichkeit nicht entziehen wollen, der sie sich mangels durchschlagender, anständiger Gegenargumente wie auch in totaler Unkenntnis der vom „Korr.“ in solchen Fragen stets eingenommenen Haltung selbst aussetzen.

Während die Herren Kaufmann, Müller, Steinhorst usw. gar nicht merken, daß sich tiefe Stille um sie lager, kein Mensch an ihre Unschuldsbeteuerungen glaubt, meinen sie einesfalls durch eine unsahbare Überhebung den Sturm beschwören, andererseits durch eine diesen vornehmen Mäuren Stracks zuwiderlaufende Polemik mit unfairen Mitteln ihre Position retten zu können. Der Artikel in Nr. 38 der „K. R.“, in dem Dr. Müller sich als Mitschuldiger vorstellt, ist in seinen gewagten Deduktionen, kühnen Unterstellungen und an Unersorenheit grenzenden Behauptungen gar nicht in einem Gange zu erledigen. Es wäre bei den besonderen Eigenschaften dieser wenig vorbildlichen Leiter eines Arbeitergroßbetriebs eine sich rächende Unterlassung, würde man ihnen eine so giftgeschwollene Vermöhlung der Buchdrucker, ihrer Leistung und ihres Organs wie die vom 20. September dahingehen lassen.

Wir wollten nur erst einmal zeigen, daß das Urteil draußen im Land eher noch schärfer ist als das unsre. Als „Friedensführer“ sind wir also wahre Gleichgültiger. Daß sogar der bekannte überradikale Lithograph Schnegger mit einer auf den ersten Blick sich als unfaßbar erweisenden Schreiberei in der „Deutscher Volkszeitung“ den Herren ein Rüttelungsseil zuwerfen konnte, daß die Hamburger Prinzipale ihnen in einer kürzlich abgehaltenen zweiten Versammlung helfend beigeprungen sind („Zeitschrift“ vom 3. Oktober), dabei aber noch unglücklich operierten als am 27. Juni, soll mit den andern, zum Teil sehr gravierenden Punkten in einem weiteren Artikel beleuchtet werden. Man wird dann ersehen können, wie weit sich die Hamburger Friedensengel schon verfliegen haben. Der abgeschmackte Trick mit der Anschneidung des Themas „Masse und Führer“ ist ja ein eklatantes Beispiel dafür.

Die diesmaligen Ausführungen sollen mehr der Orientierung dienen, ob man von genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite Herrn Kaufmann nebst Anhang oder den Buchdruckern recht gibt. Wir können mit dem Urteile zufrieden sein!

Ein Mahnwort

Der Sommer ist dahin. Die Tage werden kürzer und rauher. Das Spazierengehen wird uns durch öfteren Regen, Wind und durch frühzeitiges Einbrechen der Dunkelheit verleidet.

Mit diesen kürzeren Tagen ist nun auch jene Zeit gekommen, wo Tag für Tag Einladungen kommen zum Beitritt in irgend einen Verein, Klub usw. Da will ein Gesangsverein lebensfähig werden, darf sehen noch zwei zu einer weiteren Schatmannschaft; alles Anlegen, die von den betreffenden Personen mit einer Wärme und Ausdauer vertreten werden, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, als handle es sich hier um eine zwingende Notwendigkeit, eine Existenzfrage.

Aus diesem Grund ist es einmal notwendig, gerade in der Werbezeit solcher Vereine ihre Schattenseiten ans Licht zu ziehen. Der verbreitetste Ausdruck für sie ist ja das Wort „Vereinsmeierei“!

Zuerst einmal die Frage: Aus was für Gründen heraus ist die Vereinsmeierei entstanden? Die Ursache zu diesem besonders in Großstädten oft vorkommenden und sehr verbreiteten Übel — man muß sie gleich mit diesem etwas weitgehenden Ausdruck bezeichnen — beruht in dem Bedürfnisse des Menschen nach Abwechslung, nach Unterhaltung. Ein jeder merkt die Notwendigkeit, nach gefanem Tagewerk oder Sonntags einige frohe Stunden zu erleben, während denen man einmal nicht an die Arbeit

oder andre Nöte denkt. Es ist eine zwingende Notwendigkeit, dem Geiste die Schaffensfreudigkeit, überhaupt unsern Dasein jenes zu verleihen, das uns befähigt, Tag für Tag und Woche für Woche unserer Beschäftigung nachzugehen, ohne sie einseitig und langweilig zu finden, ohne in dem Bestreben, das Beste auf dem Gebiete des Berufs zu leisten, zu erlahmen, und somit sich selbst und seinem Berufe das eine zu geben: Die Entwicklung nach aufwärts, das Vorwärtsschreiten!

In den Großstädten kann man oft in den Restaurationen an den Fenstern kleine Schilder prangen sehen: Mitglieder zum Schließ, Statthalter usw. werden noch aufgenommen. In solchen Klubs liegt zu einem großen Teile die Ursache zur Vereinsmeierei. Einmal die Fragen: Wo arbeiten diese Klubs? Was bieten sie ihren Mitgliedern? Wie erhalten sie sich lebensfähig? Was der Hauptzweck ihres Bestehens ist, befragt ihr jeweiliger Name. Also ist schon der Grundgedanke ihrer Existenz meistens Unterhaltung, die man höchstens einmal wählt, um die Zeit totzuschlagen, aber nicht, um aus ihr Gewinn zu ziehen. Die Unterhaltung soll ja bekanntlich auf der einen Seite etwas totschweigen: Die Gedanken an den Alltag, Auf der andern Seite aber soll gewonnen werden: Anregung des Geistes und mit diesem neue Schaffenslust. Aus was besteht aber die Unterhaltung nach heutigem Spiel? Aus Politik am Bierisch und aus Klatsch und Tratsch! Daß beides nicht besonders empfehlenswert und nützlich sein dürfte, ist wohl selbstverständlich. Das sind die eigentlichen Klubsabende.

Nur aber die sogenannten Familienunterhaltungen. Da kommen vor allen Dingen die altbekannten Vergnügen: Frühlings-, Sommer-, Herbst- und Stifungsfest nebst einem Schweinskopfschmaus. Aus was bestehen nun diese Vergnügen? Aus Würstelbude, Fischbude, Pfefferkuchenerlosung und vor allen Dingen einem Schußmanne, der für die nötige Ordnung in etwas humoristischer Weise sorgt. Da stelle man nun einmal diese Darbietungen solchen einer größeren Organisation gegenüber. Und das Fazit? In letzterem Falle das Streben nach dem Guten und Schönen, bei den Klubs Niederhaltung jedes besseren Emporstrebens.

Noch auf eins spekulieren die Gründer solcher Klubs und Vereinen: auf das Bestreben einzelner Menschen, sich zu zeigen in der Würde eines Amts! Gewöhnlich bekleidet fast ein jedes Mitglied eines solchen Klubs einen Posten, und somit hat es auch „etwas zu sagen“. In unsern Verbänden dagegen, besonders in Großstädten, verschwindet der einzelne in der Menge der Versammlungsbefucher. Hier tut er eben nur seine Pflicht als Mitglied und Kollege, während ihm dort, in jenen Klubs, vielleicht die Möglichkeit geboten ist, bei einem Vergnügen als „Vergnügungsausgangsvorsteher“ zu fungieren und zu glänzen.

Was ist nun die unangenehme Folge der Vereinsmeierei? Die Großlehre jenes Philistertums, was die Mitglieder derartiger Klubs durch Unterhaltung schlechterer Art und nach für erstere Dinge, für politische und praktische Mitarbeit, auf dem Gebiete der Gewerkschaft, der Politik und des öffentlichen Lebens überhaupt unzugänglich macht. Gerade jene indifferenten Leute sind es gewesen, die der Entwicklung der Arbeiterbewegung im Wege standen und noch stehen.

Wie oft kann man nicht die Wahrnehmung machen, daß sogar Personen, die schon infolge ihrer höheren Bildung ein besseres Verständnis gegenüber solchen Klubs haben sollten, dennoch von diesen und der damit verbundenen „Arbeit“ zu eingenommen sind, daß sie dem öffentlichen Leben vollständig indifferent gegenüberstehen. „Sa, die Klubs, die Vereine lassen mir keine Zeit!“ Das ist ihre bekannte Ausrede. Auch auf Verbandsmitgliedern trifft noch zu häufig zu, daß sie lieber eine Gewerkschaftsversammlung versäumen, als daß sie „ihrem“ Klub fernbleiben.

Diese Wahrnehmungen zeugen von großer Verkennung unsern ganzen Verhältnisse. Nichts ist gerade in der jetzigen Zeit notwendiger, als sich um das, was im öffentlichen Leben vorgeht, zu kümmern. Es ist gleich, welcher politischen oder religiösen Richtung jemand angehört; um seine ureigensten Angelegenheiten, um die Lösung seiner Existenz, um ein höheres Menschenstum muß sich ein jeder kümmern.

Dem immer wiederkehrenden Einwurfe, der Mensch wolle doch seine Zeitrennung haben, muß entgegengetreten werden: Alles mit Unterchied! Hat man das Bedürfnis nach Unterhaltung — und das hat ein jeder —, so brauchen wir nicht in solche Klubs und Vereinen zu gehen. Bleiben wir bei unsrer Organisation und sonstigen Veranstaltungen der Arbeitererschaft. Sie bieten genug der Unterhaltung, und zwar solche, die haushoch über der jener Klubs steht.

Unter dem Begriffe Vereinsmeierei versteht man aber nicht bloß ganze Vereine resp. eine besondere Art von Vereinen, sondern dieses Wort besagt sich auch auf jedes einzelne Mitglied, wenn es durch Klubs der geschiderten Art dermaßen beeinflusst wird, daß es entweder das Interesse an Organisationsleben verliert oder den in jenen Vergnügungsräumen üblichen Unterhaltungsstoff in die Versammlungen seiner Berufsgenossen hineinbringt.

Sieht man sich die Versammlungen größerer Ortsvereine an, so ist oft zu beobachten, daß sich die ersten Punkte der Tagesordnung: ein eventueller Vortrag, der Geschäftsbericht usw., in erfreulicher Ruhe abwickeln. Rät auch der Referent manchmal abschließend in seinem Vortrag einige Sätze, trotzdem wird das letzte eine längere Debatte anschließen. Größtenteils ist das ja nur ein Vorteil, denn es werden oft durch unsachlich geführte Debatten die Eindrücke eines Referats verwischt. Aber wodurch werden unsachliche Diskussionen herbeigeführt? Durch Kleinlichkeiten und nebenachtliche Punkte, die aufgebaut werden. Immer wieder zeigt sich das.

Und dann der Punkt „Verschiedenes“. Als ob einzelne nur darauf gewartet hätten, so fahren sie nun mit einem

Wortschwallö los, daß man meinen könnte, es handle sich um Sein oder Nichtsein der Organisation oder der Mitglieder.

Kann man von einem solchen Kollegen sagen, daß er den Zweck und die Ziele des Organisiens richtig erkannt hat? Nein! Er sieht eben Sachen, die für jeden Kleinlichkeit sein müßten, für so wichtig an, daß er glaubt, sie in den Behandlungstoff hineinbringen zu müssen. Durch dieses Hineinbringen aber beweisen die Kleinlichkeitskrämer, daß sie ein tieferes Verständnis für organisatorische Fragen sich noch nicht angeeignet haben.

Das sind Verhältnisse, unter denen die meisten Organisationen zu leiden haben. Solche Mitglieder sind zu kurz-sichtig, sie können sich über die täglichen Kleinlichkeiten nicht zu den Lebensfragen ausschwingen. Sie können positive Organisationsarbeit von der Vereinsmeierei nicht unterscheiden.

Die Zentralisierung der Industrie, der immer größer werdende Spalt zwischen Kapital und Arbeit, das schnellere Eindringen der Maschine in unsern Beruf, die steigende Zahl der Arbeitslosen, dies alles sind Momente, die jeden Kollegen zu ernstem Nachdenken veranlassen sollten.

Und was muß das Ergebnis einer solchen Rücksprache mit sich selbst sein? Es kann, es darf nur der eine Gedanke maßgebend sein: Es ist zwingende Notwendigkeit, deinen Beruf, deine berufliche Weiterbildung obenan zu stellen. Nur dann ist man in der Lage, den erhöhten Anforderungen, die jetzt an uns als Arbeitskraft und Menschen gestellt werden, gerecht zu werden. Und wo findet man diese Weiterbildung? In volkswirtschaftlichen und beruflichen Fragen im Verband, in rein technischen Fragen in den typographischen Vereinigungen. Diese Kreise müßten jedem Kollegen viel zu gut sein, als mit den geschiderten Nebenachtlichkeiten die Zeit, die mit der fortschreitenden Entwicklung immer kostbarer wird, zu verdrängen und damit seinen Kollegen wie sich selbst indirekt die Möglichkeit zu nehmen, sich beruflich wie gewerkschaftlich weiterzubilden, wodurch der Existenzkampf nur weitere Erschwerung finden würde.

Darum hinweg mit der Vereinsmeierei! Hinans mit jenen Kleinlichkeiten aus den beruflichen Vereinigungen! Selbe ein jeder dazu beitragen, daß unsre Versammlungen ihrem Zwecke voll entsprechen. Für uns sind die Zeiten viel zu ernst; nur rührige Tätigkeit birgt den Keim der Entwicklung und des Fortschrittes in sich.

Mischaffenburg.

R. Sch.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Mittelsburg. Eingangs der Bezirksversammlung am 21. September, die von 166 Mitgliedern besucht war, widmete der Vorsitzende dem hochverehrten Vorführer August Behel einen Nachruf. Anschließend darauf gedachte er des Jubiläums ihres Verbandsvorsitzenden Döblin, dessen hervorragendes Wirken für unsre Organisation besonders hervorhebend. Hierauf wurde Bericht erstattet über den Gau und die Generalversammlung der Witwenkasse in Weimar. Aus der kurzen Ansprache war zu entnehmen, daß man von dem Ergebnisse zwar nicht besonders befriedigt ist, sich damit aber abfindet. Einen Vortrag über „Unser Ziel und unser Weg“ hielt sodann „Korr.“-Redakteur E. Schaeffer, wobei er der Versammlung in eingehender Weise sowohl den Weg unsrer Organisation, wie auch alle die großen Schwierigkeiten technischer, wirtschaftlicher und prinzipieller Natur vor Augen führte, die zu überwinden waren und noch zu überwinden sind, um das durch unsern Verband für seine Mitglieder erstrebte Ziel zu erreichen. Durch reichen Beifall dankten die Anwesenden dem Referenten für seinen vorzüglichen Vortrag. Zum Schluß wurde noch das Verhalten Kaufmanns und Steinhorsts einer Kritik unterzogen, vor allem die einem Leiter eines genossenschaftlichen Betriebes schlecht anstehende scharfmacherische Befähigung in einer Prinzipalsversammlung. Diese Angelegenheit soll auch in der nächsten Konsumvereinsversammlung erörtert werden.

Dresden. (Maschinenmeister. — Halbjahrsbericht.) Das vergangene Halbjahr der Vereinsfähigkeit kann als ein reges bezeichnet werden. In der Versammlung am 6. April hielt Kollege Freitag den zweiten Teil des Vortrages: „Allgemeines und praktisches Arbeiten im Maschinenbau“. Eine lebhaft diskutierte schloß sich diesem Vortrag an. Auf die überhandnehmenden Schadenersatzklagen verwies Kollege Lehmann und berichtete eingehend über deren Ursachen. — Die Malversammlung beschäftigte sich in ausgiebiger Debatte mit dem Umbeschreiben der Zentralkommission, die Erhöhung der Beiträge betreffend. Es wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, sofort 80 Mk. abzusetzen, im übrigen die weitestgehenden Wünsche einer einzuberufenden Vorstandskonferenz anheimzugeben. Die Tätigkeit der Zentralkommission fand allgemeine Anerkennung. — Eine Abstellung der Rotationskollegen besteht seit 18. Mai. Selbstge beschäftigte sich in zwei abgehaltenen Versammlungen mit technischen Angelegenheiten. Einige Anfragen tariflicher und technischer Art erledigte neben der internen Tagesordnung die Versammlung am 7. Juni. — In der Julierversammlung hielt Kollege Landmann einen Vortrag über: „Briefmarkenrotationsdruck“. In der sich anschließenden Diskussion wurden noch weitere technische Fragen erörtert. — Am 2. August berichtete Kollege Hahn über: „Die Stellungnahme der Danziger Generalversammlung zu den Sparplanträgen“. Redner zeichnete den Anwesenden ein klares Bild von der Entwicklung der Sparplan und deren Bedürfnis nach besonderer Berücksichtigung in tariflicher und organisatorischer Beziehung. Die sich anschließende lebhaft diskutierte Be-

wies das allgemeine Interesse der Kollegen an den vom Kollegen Gahn auf Grund der Generalversammlungsbeschlüsse gemachten Ausführungen. — Die Septemberversammlung mußte infolge des am 7. September zu erwartenden Besuchs der Reichsberger Kollegen bereits am 31. August stattfinden. Einen längeren interessanten Vortrag über „Zief- und Offsetdruck“ hielt Kollege Freitag. Die Versammlung zeigte durch ihren Beifall und durch die Diskussion, daß die Kollegen die Entwicklung dieser drucktechnischen Neuerungen mit Aufmerksamkeit verfolgen. Besondere Beachtung wurde auch durch diese Neuerungen drohende vermehrte Arbeitslosigkeit, und man wünschte, daß der Vorstand mit Unterstützung der Zentralkommission in derselben Weise wie die andern graphischen Organisationen der technischen Entwicklung seine volle Aufmerksamkeit widme. Der Vortrag wurde durch eine reichhaltige Ausstellung in Zief- und Offsetdruck unterstützt. Die vorzügliche Erzeugnisse der Seilerischen Ziefdruckschneidpresse (Berlin), sowie ebensolche Offsetdrucke der Wötterischen Universalhörschreib- und -widerdruck-Offsetrotationsmaschine und die Drucke der Offsetpresse der Frankenhäuser Maschinenfabrik fanden die allgemeine Anerkennung der Anwesenden. Den genannten Firmen bzw. deren Vertreter sei an dieser Stelle noch besonders für gütige Überlassung von Material gedankt. — Anlässlich des Besuchs der Reichsberger Kollegen am 7. September wurde die vorerwähnte Ausstellung nochmals arrangiert, und besichtigten die genannten Kollegen die Druckerzeugnisse mit vollem Interesse.

We. Elberfeld. (Zierfestschriftbericht.) Die Juli-versammlung fiel in Anbetracht der am 6. Juli stattgehabten Bezirksversammlung aus. — In der Versammlung vom 9. August wurde unter „Bereinsmitteilungen“ bekanntgegeben, daß die Firma Buchjäger (Wesber) aus dem Bezirksverdienst der faritreuen Drucker den gestrichelten, die Firma Pfriem (Elberfeld) dagegen wieder darin aufgenommen worden sei. Sodann wurde das Benehmen des Herrn Kaufmann, Leiter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, erörtert. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß das Vorgehen dieses Herrn vor die breite Öffentlichkeit gebracht werden müsse. Der Vorstand wurde beauftragt, der hiesigen Konsumgenossenschaft „Befreiung“ eine Resolution zu unterbreiten, worin die Genossenschaft ersucht werden soll, ihren Einfluß als Mitglied der Großhandelskaufmannschaft geltend zu machen, um auf Herrn Kaufmann einzuwirken. Ebenfalls soll auch der Vorstand ersucht werden, Schritte in der Sache zu unternehmen. Ausgeschlossen wurden zwei Mitglieder; eins, weil in der faritreuen Druckerei der Bayerischen Farbenfabriken konditionierend, und eins wegen Keßeln. Alsdann hielt Herr Redakteur M. Inster (Solingen) einen Vortrag über: „Das Zeitungsweesen in Amerika, unter besonderer Berücksichtigung der Buchdruckerorganisationen“. Der inhaltreiche Vortrag fand den ungeheuren Beifall der Versammlung. Aus Anlaß seines 25jährigen Stiftungsfestes wurde dem Gesangsverein „Gutenbergs“ eine Ehrenprobe bewilligt. Zum Schluß wurde noch Propaganda für den Besuch der internationalen Ausstellung für Buchgewerbe in Leipzig 1914 gemacht und die Gründung einer Reiseparkasse angeregt. — Die Versammlung vom 13. September war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Arbeiterführers Bebel geehrt. Beim Punkte „Bereinsmitteilungen“ teilte der Vorsitzende mit, daß die Leitung der Konsumgenossenschaft „Befreiung“ sich mit dem Zeitungskaufmann beschäftigt und dessen Verfahren verurteilt habe. Weiter gedachte der Vorsitzende in gebührenden Worten des 25jährigen Jubiläums unseres Verbandsvorsitzenden Döblich und wies dann auf die Wichtigkeit der zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsysteme vorzunehmenden Krankenkassenvertreterwahlen hin. Im Anschluß hieran wurden zwölf Kollegen vorgeschlagen, vier als Vertreter und acht als Ersatzmänner. Durch Gegenüberstellung der Leistungen des Gutenbergsbundes mit denen unseres Verbandes wurden erstere in das rechte Licht gestellt. Es wurde dann auf den in Nr. 97 des „Forr.“ erschienenen Artikel „Die Verleitung der Besugnis zur Ausübung von Lehrlingen“ besonders hingewiesen. Dem Vorstande wurden drei Kollegen zur Aufnahme empfohlen. Der gedruckte vorliegende Kassenbericht pro zweites Quartal fand die Genehmigung der Versammlung. In der zweiten Gauvorfeier sprach sodann über das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften in ihren Worten und Taten“. Für seinen interessanten Vortrag wurde dem Referenten höchster Beifall spendet. Die Abrechnung vom Johannisfest ergab ein Defizit. Dem Festkomitee wurde für die gelungene Arrangierung des Festes der Dank der Versammlung ausgesprochen. Am Schluß der Versammlung wurde die angeregte Gründung einer Reiseparkasse besprochen und der Vorstand beauftragt, eine Liste anzufertigen und zur Einzeichnung in den Druckereien zurückzuführen zu lassen. Am die im Herbst zum Militär eintretenden Kollegen richtete der Vorsitzende noch beherzigende Worte und forderte sie auf, ihre Adresse beim Kassierer abzugeben, damit ihnen das vom Ortsvereine bewilligte Geldgeschenk zu Weihnachten zugestellt werden kann. — Nachschrift: In der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft „Befreiung“ wurde der Fall Kaufmann auch zur Sprache gebracht. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

G. Mannheim. In der am 20. September stattgehabten Versammlung hatte sich wieder eines guten Besuchs zu erfreuen. Beim Punkte „Geschäftliches“ brachte der Vorsitzende Lauffer drei Einladungen zur Verlesung, und zwar von der hiesigen Zahlstelle des Buchbinderverbandes zur Feier ihres 25jährigen Bestehens, von dem Kunstgewerbeverein „Malzgart“ zum Besuche der Schwarzwaldkunstausstellung und von dem Gewerkschaftskartelle zum Besuche der Kurse in der Handelshochschule. Von der hiesigen Zahlstelle der Hilfsarbeiterorganisation lag eine Beschwerde-

schrift vor, worin eine bessere und anfänglichere Behandlung der Anliegerinnen seitens der Maschinenmeister gewünscht wurde. Desgleichen wurde von dem Kollegen Margenau eine Resolution eingebracht, in der die Versammlung ihre entschiedene Mißbilligung ausdrückt über das provokatorische und genossenschaftsfeindliche Vorgehen der Herren Kaufmann und Steinhorff in dem bereits beigelegten Konflikt der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Hierauf erstattete Kollege Brasse Bericht über den Gaugang. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. Bei der Neuwahl von vier Mitgliedern zum Gauvorstande gingen folgende Kollegen aus der Urne hervor: Brasse, Margenau, Phlipp und Sidingen. Kollege Keller lehnte eine Wiederwahl ab. Kollege Lauffer dankte den beiden aus dem Gauvorstande scheidenden Kollegen Keller und Marg für ihre leistungsfähige Tätigkeit. Den Jahresbericht von der Bibliothek gab der Bibliothekar Kollege Wolf. Daraus ist zu entnehmen, daß die Bibliothek nur von 142 Kollegen, welche 1220 Bände entliehen, in Anspruch genommen wurde. Die Bibliothek hat gegenwärtig mit den Neuankäufen einen Bestand von 875 Bänden. Gewünscht wurde eine bessere Schonung und Sauberhaltung der Bücher. Dem Bibliothekar wurde Vercharge erteilt. Kollege Margenau gab den Bericht vom Gewerkschaftskartelle.

Bl. München. (Korrektorenversammlung.) Nach einer längeren Sommerpause fand am 21. September wieder eine Versammlung statt. Nach der üblichen Ehrung des vor kurzem verstorbenen Kollegen Wilhelm Köpfer wurden drei Kollegen aufgenommen und dann der Kassenbericht über das zweite Quartal 1913 entgegengenommen. Der in Nr. 41 der „Mitteilungen der Zentralkommission“ veröffentlichte Beschluß des rheinisch-westfälischen Korrektorenvereins wegen Schaffung einer Fachzeitschrift für alle Sparten zeitigte eine längere Debatte, deren Ergebnis war, der Zentralkommission die Anregung zu unterbreiten, mit den übrigen Zentralkommissionen und dem Verbands der Deutschen Typographischen Gesellschaften in Verbindung zu treten, um eventuell die „Mitteilungen der Typographischen Gesellschaften“ unter finanzieller und sonstiger Mithilfe der einzelnen Sparten so auszubauen, daß alle technischen Answahlungen im Gewerbe und alles Wissenswerte für die einzelnen Branchen ihres Berufs darin behandelt werden können. Durch diese Umgestaltung wäre es möglich, daß speziell auch Fragen in bezug auf Rechtschreibung nach Duden besser von den übrigen Kollegen beachtet würden, als dies bisher der Fall war.

München. (Maschinenmeisterverein.) Nach der üblichen Ferienpause fand am 20. September unsere halbjährliche Generalversammlung statt, die guten Besuch aufzuweisen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Gründungsmitglieds Kollegen Emil Reichenbach in üblicher Weise. Elf Anwesenheiten sowie sieben Abtritte führten in zunehmendem Sinne ihre Erledigung, worauf Kollege Söbder einen kurzgefaßten Bericht über die in Offen stattgehabte Generalversammlung des Schweizerischen Maschinenmeisterverbandes, der er beizuwohnte, gab. Den Bericht über die Kassenverhältnisse erstattete Kollege Reichherzer; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Für einen im Winterhalbjahr abzuhaltenden Ausschneidekursus wurde dem „Ausdruck“ unbedingter Kredit eingeräumt, ebenso zur Beteiligung des Vereins an der internationalen Ausstellung in Leipzig, wo statisches Material und das Ergebnis des vorgenannten Kurses zur Veranschaulichung gelangen. In den Wintermonaten soll wie alljährlich eine Weihnachtsfeier sowie ein Herrenabend stattfinden. Nachdem dann über das Rundschreiben Nr. 36 der Zentralkommission zur Tagesordnung übergegangen worden war, da es ja Diskussionsstoff nicht enthält, wurde die Versammlung mit einem Appell, sich zahlreich an den Veranstaltungen des Vereins und Verbandes zu beteiligen, geschlossen. — Am 30. August fand das 30. Stiftungsfest im „Bürgerbräuhaus“ statt, an dem in lebenswüdriger Weise die „Typographia“ den gesanglichen Teil durchführte, während Kollege Waldmüller mit seinen humorvollen Schlägen erfreute. Allen Mitwirkenden sowie der Firma S. Schön für die kostenlose Überlassung des Programms sei auch an dieser Stelle besonderer Dank gesagt.

Norkheim. Am 21. September fanden sich hier Kollegen aus Ludersfeld, Hersberg, Osterode, Uslar und Norkheim zu einer Versammlung ein, um den Bericht über den Dsnabrücker Gaugang entgegenzunehmen. Dieser Aufgabe entledigten sich die Kollegen Krohne (Norkheim) und Sehnert (Ostfingen). Der Bericht zeitigte u. a. eine Debatte über die schriftliche Anerkennung des Tarifs in Ludersfeld bzw. wegen Einführung bei den noch abseitsstehenden Firmen. Die in Aussicht genommenen Schritte werden hoffentlich zum gewünschten Ziele führen. Durch Verlesung eines Rundschreibens durch den Bezirksvorsitzenden Sehnert kamen auch die „Christlichen“ wieder einmal zu der Ehre, einen Debattestoff abzugeben.

Plauen i. V. In unserer am 20. September abgehaltenen Monatsversammlung wurden nach den üblichen Kassenberichten die Kandidaten für die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse aufgestellt sowie zehn Kollegen zur Teilnahme an einem vom Bildungsausschusse veranstalteten Vortragskursus bestimmt. Sodann befaßte sich die Versammlung auch mit der Hamburger Angelegenheit, wobei zum Ausdruck kam, daß eigentlich der richtige Ort zur Aussprache die kürzlich stattgehabte Versammlung des Konsumvereins gewesen wäre, jedoch sei es unsern dort anwesenden Kollegen nicht möglich gewesen, hierüber zu Worte zu kommen. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Protestresolution, die auch den interessierten Kreisen an Orte zugestellt werden soll, fand einstimmige

Annahme. — Am 31. Oktober (Reformationsfest) veranstaltete die Mitgliebschaft einen Ausflug nach der Salpierre der Stadt Plauen bei Werda i. V. Nachdem findet mit den Kollegen der umliegenden Bezirksorte eine Zusammenkunft in Falkenstein statt.

Saarloos-Merzig-Dillingen. Unser Ortsverein hielt am 27. September eine außerordentliche Versammlung ab, die als einziger Punkt den Bericht über den Gaugang in Mainz aufwies. Nachdem Vorsitzender Kammerer die erschienenen Kollegen, besonders den Kollegen Schrader (Saarbrücken) als Referenten, begrüßt hatte, erhielt dieser das Wort zu seinem Berichte. Für die vorerwähnten Ausführungen erhielt er zum Schluß reichen Beifall, ein Zeichen, daß die Kollegen mit den Ausführungen einverstanden waren.

F. Stuttgart. (Maschinenlehre.) Zu Beginn unserer Versammlung am 20. September teilte zweiter Vorsitzender Schöpf mit, daß unser leistungsfähiger erster Vorsitzender Seimung aus geschäftlichen Gründen von seinem Posten zurückgetreten sei. Die Versammlung dankte dem Kollegen Seimung für seine leistungsfähige und erfolgreiche Tätigkeit durch Erheben von den Siben. Unter „Bereinsmitteilungen“ wurden die „Zeitschrift“-Artikel betreffend die Maschinenlehre einer scharfen Kritik unterzogen. Verwunderung erregte das dreifache Verhalten des Hamburger Faktors Steinhorff. In nächster Zeit kommt ein Fragebogen zum Verband, welcher wegen seiner Wichtigkeit pünktlich ausgefüllt werden muß. Ein Kollege wurde neu aufgenommen. Eine sehr eingehende und sachliche Debatte entspann sich über den in letzter Versammlung gehaltenen Vortrag „Sehmachinerhältnisse in In- und Ausland“. Besonders hervorzuheben zu werden verdient daraus, daß in Deutschland von allen Ländern, in denen Sehmachinen stehen, am wenigsten Frauen an den Maschinen beschäftigt sind, während anderwärts bei uns auch die höchsten Leistungen verlangt werden, die Löhne aber nicht die höchsten genannt werden können. Besonders besprochen wurde das Verhältnis zwischen Hand- und Maschinenlernern und allseitig betont, daß kein Kollege, welcher Sparte er auch angehöre, einen Anlaß dazu habe, auf andre herabzublicken oder andre zu beneiden, denn im Grunde genommen müsse jeder seinen Lohn fauer genug verdienen und keinem würde etwas geknecht. Angesichts der jehbewußten Kampfweise der „Zeitschrift“ ist es doppelt nötig, sich nicht gegeneinander auszuliefern, sondern sich gegenseitig aufzuklären und fest zusammenhalten. Im Verlaufe der eingetretenen Debatte über den Tarifamtsentscheid betreffend die Fehler an der Monotypie wurde dieser als unbillig bezeichnet. Nach einer weiteren Debatte von weniger Bedeutung fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer Aachen bestanden die Kollegen Blumenthal (Düren), Freudenthal (Tülich) und Soppe (Aachen) die Meisterprüfung.

Königliche Kunstgewerbeschule Stuttgart. Durch Eröffnung einer Fachabteilung für die graphischen Künste und das Buchgewerbe besteht in der Abteilung für Buchdruckerei an der Stuttgarter Kunstgewerbeschule eine empfehlenswerte staatliche Fachschule, die den im graphischen Berufe beschäftigten Personen, Gehilfen und Prinzipalsöhnen, Gelegenheit bieten will, die in der bisherigen Praxis erworbenen Kenntnisse auf künstlerischer Basis zu erweitern. Die für das buchgewerbliche Zeichnen auszubildenden Schüler sollen durch praktischen Werkstättenunterricht zu hingemäßen und den technischen Bedingungen des Druckwerkes entsprechender Gestaltung ihrer Entwürfe erzogen werden. Neben der öffentlichen Ausbildung wird deshalb vor allem praktischer Unterricht in müßergünstig eingerichteter Werkstätte gepflegt. Behandelt werden alle Zweige des graphischen Berufs. Es wird das Hauptaugenmerk in der fachlichen Ausbildung auf die ästhetische Gestaltung des Buches gelegt, dabei aber der Studiengang jeden Unterrichtsteilnehmers individuell behandelt, d. h. es wird beim Werkstättenunterricht Gelegenheit gegeben, sich nach dem jeweils vorhandenen Können und dem selbstgesteckten Ziele zu betätigen. Jede, selbst die kleinste Druckarbeit erfährt eingehende Bearbeitung. Besonderer Wert wird dabei auf eine wertgerechte Sachgestaltung bei sorgfältigster Drucktechnik gelegt. Jede Drucksache soll möglichst zu einem kleinen Kunstwerke geformt werden. Unterricht in der Natur- und Stilformenlehre, der Preisberechnung und Buchführung, Vorträge über gewerbliche Rechtskunde, Exkursionen in graphische Großbetriebe vervollständigen den Lehrplan. Der Besuch wird besonders zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung und zur Erlangung des Zeugnisses für die Zulassung zum erleichterten Jogenannten „Einjährig-Einzug“-Examen empfohlen. Die Unterrichtsteilnehmer haben sich mindestens für ein halbes Jahr zu verpflichten, wozu aber bemerkt wird, daß zu einer gründlichen Ausbildung ein längerer Besuch der Anstalt notwendig ist. Die in der Praxis stehenden Gehilfen können als Hospitanten am Unterrichte teilnehmen. Außerdem gibt die Buchdruckabteilung in der offenen Meisterklasse Gelegenheit zur Anfertigung von einzelnen Entwürfen und zur Ausübung derselben unter Leitung der Lehrer. Das Eintrittsgeld beträgt für Reichsdeutsche 10 Mk., für Ausländer 20 Mk. (einmalig). Das Unterrichtsgeld halbjährlich für Reichsdeutsche 30 Mk., für Ausländer 50 Mk. Hospitanten haben zu entrichten bis zu zehn Wochenstunden: Reichsdeutsche 10 Mk., Ausländer 20 Mk.; über zehn Wochenstunden: Reichsdeutsche 30 Mk., Ausländer 50 Mk. Beginn des Wintersemesters am

(Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 116 — Leipzig, den 7. Oktober 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

15. Oktober, Beginn des Sommerfestes am 15. März. Der Eintritt soll möglichst an diesen Terminen erfolgen. Alles Weitere ist aus dem Lehrplane zu ersehen, der auf Wunsch unentgeltlich zugesandt wird. Direktor: Professor Bankhof.

Schwerer Betriebsunfall. In einer Dresdner Tüten- und Papierwarenfabrik stürzte ein Maschinenmeister durch Umkippen einer Kiste, auf der er stand, in eine Schnellpresse und geriet mit dem rechten Arme zwischen die Auftragswalzen und die Druckform, so daß ihm der Arm zerquetscht wurde.

Vom Schriftleiter zum Pastor. Der ehemalige Schriftleiter Hermann A. Sperling aus Wismar ist vor einiger Zeit nach Amerika ausgewandert und hat es inzwischen zum Pastor an der St. Mathäi-Gemeinde zu Africa (Staat New York) gebracht. Nun hat er nach einem Spezialkursus in der Philosophie an der Oskaboosa-Universität auch den Titel Doktor der Philosophie erhalten für eine Dissertation über „Buddhas Leben und Lehre und sein Einfluß auf das 20. Jahrhundert“.

Erledigung des Konfliktes im Haupttarifamt des Bergwerkes. Der geschäftsführende Unparteiische des Haupttarifamts hat am 22. September ein Schreiben an den Zentralverband der Zimmerer gerichtet, das besagt, daß die Unparteiischen durch eine Erklärung Bringmanns in Nr. 35 des „Zimmerer“ die entstandenen Differenzen als erledigt ansehen. Die nächste Sitzung des Haupttarifamts soll nun am 7. und 8. Oktober in den Räumen des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in der Zimmerstraße tagen. Der Direktor des Reichstagsgebäudes hat es abgelehnt, für diese Sitzung Räume im Reichstagsgebäude zur Verfügung zu stellen! Zur Entscheidung steht eine Anzahl grundsätzlicher Fragen, unter anderem auch die, ob die Unternehmer die Möglichkeit bekommen sollen, den Arbeitern in einem Hauptberufe die Akkordarbeit auch dann aufzuzwingen, wenn bis jetzt nur in einem Spezialberufe, nicht aber im Hauptberufe selbst, im Akkord gearbeitet worden ist.

Von den Betriebskrankenkassen. Der Verband der Betriebskrankenkassen tagte in Berlin unter dem Vorsitz des Krupp-Direktors Justizrat Wandel. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierungen die Wahlvorschriften für die Kassenwahlen und Versicherungsbehörden in der jetzigen Übergangszeit angemessen abhären würden. Dann stimmte man einem Abereinommen zwischen Krankenkasse und Berufsgenossenschaften über den Ersatz der Kosten des Seilerverfahrens zu. Die Forderungen des Leipziger Arzerverbandes in seinem Mustervertrage wurden als unannehmbar erklärt. Sollten die organisierten Ärzte ihre Forderungen nicht beschränken, dann müßte von dem § 370 der Reichsversicherungsordnung Gebrauch gemacht werden, wonach an Stelle der ärztlichen Behandlung Geldleistung treten kann. Dadurch würden die Ärzte schon zu einem für die Kassen annehmbaren Frieden gezwungen werden.

Deutschland in der Welt voran als Bremser in der Sozialpolitik. Nachdem bis vor wenigen Jahren noch Deutschland in der Sozialpolitik als Muster für das ganze Ausland gelten konnte, hat sich das mehr und mehr geändert. Heute sind wir so weit, daß man sagen muß, Deutschlands Haltung auf diesem Gebiete wirkt nicht mehr fortschrittlich anregend im Interesse der Arbeiterklasse, sondern direkt rückschrittlich, lähmend, auch für das Ausland. Das bewies der Verlauf der internationalen Arbeiterversammlungen, die vor kurzem in Bern tagte. Diese Konferenzen hatte sich mit der Arbeit der Frauen und dem Schutze der jugendlichen Arbeiter zu befassen. Die Beratungen für diese Konferenzen werden von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz vorbereitet, und diese hatte beschlossen, es möchten internationale Staatsverträge vereinbart werden über eine zehnjährige Höchstarbeit der Frauen und der Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und über ein Verbot der gewerblichen Nachtarbeit für Jugendliche. Diese beiden Vorschläge standen in Bern zur Beratung, und sie wurden auch im großen und ganzen aufgeheben. Jedoch hat die Altersgrenze der Jugendlichen eine Herabsetzung erfahren, indem anstatt des 18. das 16. Lebensjahr als Grenze festgesetzt wurde, bis zu welcher die industrielle Nachtarbeit der Jugendlichen verboten sein soll. Nur unter besonderen Verhältnissen und unter der Voraussetzung einer Verlängerung der Ruhezeit sollen in Stein- und Braunkohlenbergwerken Ausnahmen zulässig sein, ferner soll für die Glasindustrie sowie für Walz- und Hammerwerke die Frist zur Einführung des Verbots verlängert werden können. Auch hinsichtlich der Festsetzung des zehnjährigen Maximalarbeitszages, der für Frauen jeden Alters und für Jugendliche gelten soll, ist die Altersgrenze für letztere auf 16 Jahre herabgesetzt worden. Das bedeutet eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Vorschlage der Internationalen Vereinigung. Sie bedeutet aber auch gleichzeitig einen Sieg der Großkapitalisten in Deutschland, die einen immer größeren Einfluß auf die Regierung erlangt haben. Noch kurz vor der Berner Tagung erhob der Zentralverband der Industriellen einen scharfen Protest gegen diese Arbeiterschutzforderung, die schon vor 23 Jahren von den amtlichen Vertretern des

Deutschen Reichs auf einer gleichen Konferenz in Berlin als berechtigt anerkannt worden ist. Und die Schärfer haben ihr Ziel in dieser Hinsicht erreicht. Der Führer der deutschen Regierungsvertretung in Bern, Ministerialdirektor im Reichsamte des Innern, Dr. Caspar, bekämpfte als erster Redner diese Forderung, während die Vertreter von Frankreich, England und der Schweiz die Forderung unterstützten. Käfte die deutsche Vertretung das gleiche getan, so wäre die Forderung zweifellos durchgegangen. So ist es gekommen, daß die neu vereinbarten Schutzvorschriften nicht einmal das Erreichen, was in verschiedenen großen und kleinen Industriestaaten schon längst Gesetz ist, und zwar dank der reaktionären Haltung der deutschen Regierungsvertreter, für die der Wunsch der deutschen Großindustriellen Befehl geworden ist!

Unternehmerrache. Man mag von gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu der von den Werftarbeitern begangenen Arbeitseinstellung stehen, wie man will, es empört einen doch, wenn man sieht, wie die Unternehmer die Werftarbeiter jetzt behandeln. Wer geglaubt hatte, daß, nachdem die oberste Instanz der Metallarbeiter, deren Organisation am meisten an der Bewegung beteiligt war, die Generalversammlung, den begonnenen Streik nicht sanktionierte, die Werften die Arbeitseinstellung in der Weise vornehmen würden wie 1910, war allerdings sehr enttäuscht. Die Werften ordneten an, daß die Einstellung nur durch den Arbeitsnachweis erfolgt. Nach dieser Anordnung waren sich die leitenden Kreise darüber klar, daß dies ein Ding der Unmöglichkeit sei. Man denke: 2000 Streikende, hinzu kommen noch einige Tausend Arbeitslose, sollen sich in einer verkehrsreichen Straße wie der Einsbütteler Straße aufhalten. Wäre da nicht eine Verheerung eingetreten, die vielleicht auch Zusammenstöße mit den Sicherheitsorganen herbeigeführt hätte? Erst als von der Organisationsleitung der Metallarbeiter auf alle diese Eventualitäten hingewiesen wurde, die bei einem weiteren Scharen auf der schon gemachten Anordnung ohne weiteres eintreten könnten, für die selbstverständlich die Werftbesitzer verantwortlich gemacht werden müßten, wurde dem von der Organisationsleitung gemachten Vorschlag entsprechen, die Einstellung branchenweise vorzunehmen. Wenn auch von vornherein anzunehmen war, daß die Arbeitseinstellung einige Tage in Anspruch nehmen würde, hätte man aber nie daran gedacht, daß die Werftgewaltigen alle Mittel, anzuwenden würden, sie so lange wie möglich auszudehnen. „Mittel“ wurden von den Unternehmern alle „kleinen“ Differenzen, die sich aus der Situation selbst ergeben haben, dazu benutzt, den Arbeitsnachweis zu schließen. Trotzdem die Werftarbeiter sich vor Wochen schon bereit erklärt haben, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, liegen heute allein in Hamburg noch an Tausend auf der Straße, so daß die Arbeitslosen hochgerechnet, über 2000 Menschen unter Bewachung eines Polizeiaufgebots jeden Tag sechs bis sieben Stunden vor dem Nachweisse stehen und auf ihre Wiedereinstellung harren. Empörung ergreift jeden Menschen, wenn er sieht, wie man hier mit ehrlichen Arbeitern umspringt, die es gewagt haben, Forderungen zur Verbesserung ihrer Lebenslage zu stellen. In Reich und Glied, zu 5 bis 6 Mann hintereinander stehen, sie, überwacht von einem Polizeiaufgebote von 15 bis 20 Mann, um sie dann in Abteilungen in den Arbeitsnachweis, der einem Bärenzwinger gleich, hineinzulassen, wo ihnen alsdann ein Schein zur Einstellung für die Werften ausgedrückt wird. Mancher, der glaubt, endlich von dieser Tortur erlöst zu sein, indem er von der ihm zugewiesenen Werft eingestellt wird, wurde enttäuscht. Hunderte wurden auf den Werften abgeknipst, d. h. nicht eingestellelt und müssen sich an einem Tage wieder sechs bis sieben Stunden unter polizeiliche Aufsicht stellen. Ein Teil der Arbeiter wurde von den Werften beim Arbeitsnachweise namentlich verlangt. Was geschah? „Trotzdem sie verlangt wurden, wurden sie wieder abgewiesen. Auch die, die Handlangerdienste der Werftgewaltigen verrichten, die „Serren“ Arbeitsnachweisbeamten, hülfen ihr Mütchen an den Arbeitern. Ob diese Würdigen im Auftrag anderer Personen handeln, die vielleicht jetzt den gegebenen Zeitpunkt für gekommen erachten, sich dafür zu rächen, weil durch die Presse in der Öffentlichkeit einmal hinter die Kulissen des Hamburger Arbeitsnachweises der Industriellen geleuchtet wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Leute, die von morgens 6 1/2 Uhr an vor dem Arbeitsnachweise sich einfanden und das Glück hatten, eine halbe Stunde vor der Mittagspause durch Schlußleute in den „Bärenzwinger“ hineingelugt zu werden, werden einfach nicht mehr abgefertigt. Punkt 12 Uhr wird der Schalter geschlossen und die Herren ziehen sich zurück und haben, anstatt den Anwesenden mitzutreten, wann sie wiederkommen sollen, nur ein höhnisches Nicken für die Arbeiter übrig. Bei einer derartigen schändlichen Behandlung, die auch dem ruhigsten Menschen die Galle ins Blut treiben muß, kann nicht genug die eiserne Ruhe der Arbeiter bewundert werden. Angesichts dieser Rücksichtslosigkeit und Provokation durch die Werftbeamten muß man sich doch fragen, haben die Arbeiter, die jahrelang ihre Arbeitskraft für die Unternehmer zu Markte getragen haben, eine derartige Behandlung verdient? Ist es nicht beschämend, daß denselben Arbeitern, denen doch auch die Verdienste mit angerechnet werden können, daß

der deutsche Schiffbau sich solchen Ansehens erfreut, eine derartige Behandlung zuteil wird? Aber was kümmert das alles die Unternehmer. Maßgebend ist für sie, die Situation, in der die Werftarbeiter sich jetzt befinden, auszunutzen und ihren Machtgefilten die Zügel schieben zu lassen. Aber nicht genug mit der schändlichen Behandlung bei der Einstellung, nehmen die Unternehmer auch Lohnabzüge vor. Trotzdem der Syndikus des Unternehmervereins den Organisationsvertretern gegenüber erklärte, die Leute kämen wieder auf ihre alten Plätze und erhielten denselben Lohn wie vor der Bewegung. Auf der Vulkanwerft wurden eine ganze Anzahl Bohrer eingestellelt, die einen Lohn von 46 Pf. erhielten. Gleich nach ihrer Einstellung wurde ihnen mitgeteilt, wenn sie für 42 Pf. arbeiten wollten, könnten sie bleiben, trotzdem ihre Arbeit nach der Neueinstellung eine weit schwerere ist als die, die sie vor der Bewegung verrichteten. Bei all diesen Vorgängen, wie sie sich jetzt auf den Werften abspielen, werden wir an einen Ausspruch des Syndikus Herrn Thielkow erinnert, den er einem Organisationsvertreter geprägt: „Spannen Sie den Bogen nicht zu straff, es kommt auch einmal eine freie Zeit. Dann reißten wir Ihnen wieder ein, was Sie jetzt in der guten Konjunktur aufbauen.“ Dieser Zeitpunkt des Einreißen scheint jetzt für die Werftgewaltigen gekommen zu sein. Durch die bis jetzt vorgenommene Einstellungsmaßnahme haben die Unternehmer bewiesen, daß sie keinen ehrlichen Frieden wollen.

Zu den Entstellungen des christlichen Gewerkschaftsbeamten Köhling. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hat der Hauptvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes nach neunständiger Beratung über die öffentlichen Anklagen Köhlings, von welchen wir in den beiden letzten Nummern Kenntnis gegeben haben, den Befehl gegeben, daß der Vorsitzende Köhling Klage erheben soll, soweit ihm unrechtmäßiger Gebrauch eines zweiten Kassenschlüssels unterstellt wird, ebenso der Gesamtvorstand, insofern er durch die Köhling'schen Anklagen belästet wird. Da kann man ja nun gespannt darauf sein, wie die von uns in Nr. 114 veröffentlichten Schriftsätze über die Taktik des christlichen Textilarbeiterverbandes vorstandes in ihrer arbeitserstrebenden Tendenz entkräftet werden können.

Die streikenden Ribbenlieferanten. In den Sülicher Blättern liest man folgende Bekanntmachung: „Da die Mehrzahl unserer Kontrahenten unsere Aufforderung zur Ribbenlieferung bisher nicht entprochen hat, so können wir die Kampagne nicht rechtzeitig eröffnen und die engagierten Leute nicht beschäftigen. Der Vorstand des Ribbenbauerverbandes hat sich mit dem Tage des Kampagnebeginnes einverstanden erklärt und eruchen wir alle unsere Lieferanten nochmals, in ihrem eignen Interesse die Lieferung sofort in vollem Umfang aufzunehmen, andernfalls müssen wir die fälligen Lieferanten für den Schaden in Anspruch nehmen. Juckerfabrik Jülich.“ Einige Tage vorher hatte eine vertrauliche Besprechung der Lieferanten stattgefunden. Also was liegt hier vor: Streik? Passive Resistenz? Boykott?

Verschiedene Eingänge.

„Typographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. 34. Jahrgang. Heft 9, 1913.

„Jahresbericht der Fachschule für das Buchdruckergewerbe in Stuttgart.“ 1912/13.

„Vernichte für Schriftsetzer.“ Linienarten, Linienflächen, Linienkörper, Flächenlieferungen. Durchschuß von Alfred Wendler, Lehrer für den Sach an der Fachschule für Buchdrucker in Braunschweig. Preis 1,50 Mk. Erstes Heft.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 13. 24. Jahrgang.

„Der Walsbruder.“ Unabhängiges Wochenblatt für wandernde und in der Fremde residing Gesellen. Erste europäische Kundenzahlung und Allgemeiner Vertriebsanzeiger für Handwerksburschen. Herausgegeben von W. Willmann in Greußen (Schweiz). Abonnementpreis für das Vierteljahr durch die Post bezogen: Schweiz 1,25 Fr., Deutschland 1,50 Mk., Österreich-Ungarn 1,65 Kr. und für das übrige Ausland 1,85 Fr.

Briefkasten.

R. E. in K.: Diesmal keine Verwendung. Das Material nach dieser Seite ist zu umfangreich, wir können da nur das Allerwichtigste berücksichtigen. Wir lassen Ihnen das Zirkular des Gavorntandes mit Dank zurückgehen. — Nach Göttingen: Der „Göttinger Deutsche Völk“ blamiert sich im Interesse des Gutenbundes unwiderstehlich weiter, gönnt wir ihm das Vergnügen. — J. E. in S.: 1. Betreffender Artikel in voriger Nummer genügend charakterisiert. 2. Unterrichten Sie uns über den Verlauf. — D—r in S.: Kreuzband überhaupt nicht angekommen, jedenfalls wegen Nichtfrankierung gar nicht befördert. — W. K. in B.: 1. In der „N. R.“ werden alle Resolutionen gegen die Leiter der Verlagsgesellschaft getrichen. 2. In der zweiten Angelegenheit muß schriftlich das Nähere geregelt werden. — Nach E.: Wieder prompt eingegangen. Freundl. Dank! — Nach G.: Wird Verwen-

